

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

der **Austausch mit Kommunalpolitikern** ist uns FREIEN WÄHLERN im Bayerischen Landtag wichtig – regelmäßig kommen wir daher mit Bezirksräten, Landräten und anderen kommunalpolitischen Vertretern ins Gespräch. Diese Woche diskutierten unsere Abgeordneten im Rahmen unserer wöchentlichen Fraktionssitzung mit FREIE WÄHLER-Landräten aus ganz Bayern sowie der Europaabgeordneten Ulrike Müller. Dabei ging es neben aktuellen landespolitischen Themen auch darum, neue Themen aus Europa und den bayerischen Kommunen zu finden, die wir in den Landtag einbringen können. Auf der Tagesordnung stand unter anderem die Flüchtlingspolitik. Insbesondere die Frage, wie es mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen weitergehen soll, sobald diese volljährig geworden sind, wurde von den Landräten thematisiert. Dazu brachten wir umgehend einen Dringlichkeitsantrag ein, in dem wir ein Konzept für eine adäquate Betreuung von unbegleiteten minderjährigen und jungen volljährigen Flüchtlingen fordern. Hierbei wollen wir insbesondere auch die finanzielle Handlungsfähigkeit



*Florian Streibl, MdL
Parlamentarischer
Geschäftsführer*



*Florian Streibl, MdL und Josef Niedermaier,
Landrat des Landkreises Bad Tölz-
Wolfratshausen*

der Kommunen berücksichtigt wissen. Unter Einbindung der Kommunalen Spitzenverbände und der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege soll ein neues, umfassendes Konzept erarbeitet werden, das sowohl den unbegleiteten minderjährigen als auch den jungen volljährigen Flüchtlingen eine adäquate Unterstützung und Betreuung zugutekommen lässt und dabei gleichzeitig der finanziellen Situation der Kommunen Rechnung trägt.

Ein weiteres Thema war die konkrete Umsetzung der Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 an den bayerischen Gymnasien. Als FREIE WÄHLER setzen wir dabei auf Mitbestimmung durch die Bildungsregionen vor Ort. Nur die Verantwortlichen dort wissen, was Schüler, Eltern und Lehrer wollen. Am Tag nach der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten wurde auch über mögliche Auswirkungen des Machtwechsels in den USA gesprochen. Unsere Europaparlamentarierin Ulrike Müller zeigte sich überzeugt, dass das geplante Freihandelsabkommen TTIP der Europäischen Union mit den USA nun erledigt sei. Denn Trump habe angekündigt, es stoppen zu wollen. Sie forderte, dass gerade in dieser Zeit die Politik mehr denn je daran arbeiten muss, Europa zusammen zu halten und sich nicht in Kleinmeierei und radikalen Strömungen zu verlieren.

R ü c k b l i c k

„**Bürgerwille respektieren – mehr direkte Demokratie**“, so lautet der Titel der Aktuellen Stunde, der auf Vorschlag der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion diese Woche im Plenum diskutiert wurde. Hintergrund dafür ist Seehofers offenkundiges Desinteresse, in wichtigen Punkten den Bürgerwillen tatsächlich zu respektieren. Bereits im Sommer hatten wir FREIE WÄHLER der Staatsregierung Gelegenheit gegeben, ihrem angeblichen Interesse an mehr direkter Demokratie Taten folgen zu lassen. Am 29. Juni 2016 überreichten unsere Abgeordneten Ministerpräsident Seehofer 20.000 gesammelte Unterschriften gegen die Freihandelsabkommen. Die Bayerische Staatsregierung wurde darin aufgerufen, eine Volksbefragung zum europäisch-kanadischen Abkommen Ceta durchzuführen, bevor Bay-

ern dazu im Bundesrat seine Stimme abgibt. Bislang fand dieser erkennbare Bürgerwille jedoch noch keinerlei Beachtung. Obwohl die bayerische Bevölkerung laut Umfragen mehrheitlich gegen Ceta ist, will die CSU im Bundesrat wohl trotzdem zustimmen.

Als FREIE WÄHLER wollen wir mehr Mitsprache der Bürger bei wesentlichen politischen Fragen erreichen. Eine unserer Forderungen ist dabei die Direktwahl des Bundespräsidenten. Obwohl dieser der höchste Vertreter des deutschen Staates und der oberste Repräsentant der Bundesrepublik ist, ist das Volk von seiner Wahl praktisch ausgeschlossen. In einer Direktwahl sehen wir ein wirksames Mittel gegen die wachsende Politikverdrossenheit in unserem Land. Wichtig ist auch, dass die Menschen im Vorfeld einer Volksbefragung über entsprechende Informationen verfügen können. Wir brauchen ein aufgeklärtes, mündiges Bürgertum – und Bayern daher ein Informationsfreiheitsgesetz. Die Menschen benötigen einen Zugang zu allen amtlichen Informationen bei Behörden des Bundes und eben auch zu denen des Freistaats Bayern. Nur so wird gewährleistet, dass sich unsere Bürgerinnen und Bürger umfassend über alle Themen informieren und dann entscheiden können.

Die **Milchpreiskrise** hat viele Landwirte an den Rand des Ruins gebracht. Um ein solches Szenario künftig zu vermeiden, fordern wir die Staatsregierung mit einem Dringlichkeitsantrag auf, sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene darauf hinzuwirken, dass Bundesagrarminister Schmidt bei künftigen Marktverwerfungen schneller reagiert als während der aktuellen Milchpreiskrise. Es ist wichtig, die Marktbeobachtungsstelle stärker einzubeziehen, da diese eine wichtige Frühwarnfunktion erfüllt. Zudem muss sichergestellt werden, dass eine rechtzeitige und angepasste Finanzierungsgrundlage geschaffen wird, um die Beihilfe zur Verringerung der Milcherzeugung schneller und in höherer Summe zur Verfügung zu stellen. Das Milchmengenreduzierungsprogramm wird von den bayerischen Landwirten hervorragend angenommen und zeigt Wirkung am Milchmarkt – obwohl dieses Instrument von Bundesagrarminister Schmidt fast bis zuletzt abgelehnt worden ist. Ein früheres Eingreifen Deutschlands und eine Aufbesserung der EU-Mittel aus einem nationalen Topf nach dem Vorbild Frankreichs hätte die Krise schneller abgemildert und die Existenz vieler heimischer Milchviehhalter retten können. Dies muss uns allen eine Lehre für die Zukunft sein. Das von der EU-Kommission bereitgestellte Budget

Florian Streibl MdL, Parlamentarischer Geschäftsführer

von 150 Millionen Euro ist bereits ausgeschöpft. Es zeigt aber Wirkung: Die EU-Milchmenge sinkt weiter und der Preis, vor allem für Trinkmilch, steigt etwas an.

Auch die **Interpellation** der FREIEN WÄHLER zur **Pflege** in Bayern wurde diese Woche im Landtag diskutiert. Die Antworten der Staatsregierung auf diese Interpellation zeigen, dass die Maßnahmen der Vergangenheit nicht ausreichend waren. Wir haben daher ganz konkrete Forderungen an die Staatsregierung. So wollen wir unter anderem die Einrichtung einer Pflegekammer erreichen. Denn nur so können die Rahmenbedingungen tatsächlich verbessert werden. Das von der CSU-Alleinregierung geplante Konstrukt einer „Vereinigung der bayerischen Pflege“ am Gängelband der Staatsregierung lehnen die beruflich Pflegenden und die Pflegeverbände ab. Wir FREIE WÄHLER unterstützen die Forderung der Verbände nach einer echten Pflegekammer, die ohne fachfremde Einflüsse selbstbestimmt und unabhängig die Interessen der Pflege vertreten kann.

Seit Wiedereinführung der Grenzkontrollen stoppen die Behörden in Bayern regelmäßig illegale Tiertransporte. Vor allem Hundewelpen aus Osteuropa werden über die Grenzen geschmuggelt – oft in völlig verwehrlostem Zustand. Bislang gelten diese ungenehmigten Welpentransporte allerdings lediglich als Ordnungswidrigkeit. Das reicht nicht aus, um verantwortungslose Tierhändler abzuschrecken. Wir fordern daher die Staatsregierung auf, sich im Bund dafür einzusetzen, dass **illegaler Welpenhandel** als Straftatbestand in das Tierschutzgesetz aufgenommen wird und wollen härtere Strafen für solch skrupellose Tierhändler. Die Unterbringung und medizinische Versorgung der beschlagnahmten Tiere kostet viel Geld. Je nach Anzahl und Gesundheitszustand der Tiere können die Aufwendungen bei einzelnen Fällen in die Hunderttausende Euro gehen. Viele Tierheime sind damit ebenso überfordert wie die Landkreise in Grenznähe, die sich mit zahlreichen illegalen Transporten konfrontiert sehen. Deshalb wollen wir, dass sich die Staatsregierung künftig an den Kosten beteiligt. Unser entsprechender Antrag zum Doppelhaushalt sieht vor, ein Härtefallbudget von jährlich einer Million Euro bereitzustellen, aus dem Kommunen in Tier-schutznotfällen unterstützt werden. Dazu zählen auch Fälle von „Animal Hoarding“, dem krankhaften Sammeln von Tieren.

Vorschau

„Der Bayerische Alpenraum. Lebens-, Wirtschafts- und Kulturraum im Zentrum Europas“: Unter diesem Motto veranstalten wir am Freitag, 18. November, in den Räumen des Bayerischen Landtags einen Parlamentarischen Abend. Wir freuen uns, gemeinsam mit Ihnen und vielen interessanten Gästen zu diskutieren, was der Bayerische Alpenraum für die Menschen, die hier leben bedeutet und wie eine lebenswerte Zukunft für sie aussehen kann.

Unter folgendem Link finden Sie nähere Informationen. Sie können sich dort auch zu unserer Veranstaltung anmelden:

<http://bit.ly/2edZSMq>

Impressum

Florian Streibl, MdL
Othmar-Weis-Straße 5
82487 Oberammergau
Tel: 08822/935282
Fax: 08822/935287
E-Mail: info@florian-streibl.de
Homepage: www.florian-streibl.de